

Flörsheimer Zeitung

Anzeiger f. d. Maingau Maingauzeitung Flörsheimer Anzeiger

Ersteinst: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illustr. Beilage) Druck u. Verlag sowie verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Flörsheim, Kirchhainstraße 8. Telefon Nr. 59. Postfach 10867 Frankfurt.



Anzeigen kosten die 6gespaltene Colonelzeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pfennig. Kleinere Anzeigen die 6gespaltene Colonelzeile oder deren Raum 30 Pfg. Der Bezugspreis beträgt 1.— RM. Bei Postbezug 1.50 RM.

Nummer 25.

Dienstag, den 9. März 1926.

30. Jahrgang

Neues vom Tage.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, daß die deutsche Reichstagsfraktion gestern mit allen gegen vier Stimmen beschlossen habe, der Parteileitung die Wahl des Ministers a. D. Schiele zum Parteivorstand zu empfehlen. Die deutsche Reichstagsfraktion zu dieser Nachricht bemerkt, hat zwar die Fraktion zur Frage des Vorstehens der Partei in grundsätzlichen Erörterungen Stellung genommen, aber in keiner Weise der zuwändigen Parteistelle vorgegriffen.

Das mecklenburg-schwerinsche Staatsministerium hat die am November 1925 wegen Fememordes zum Tode verurteilten Leutnant Schöler, Feldwebel Pieske, sowie Voldt und Peters befreit und die Todesstrafe in Zuchthausstrafe umgewandelt.

Der Völkerverbund ist zu seiner Frühjahrstagung am Montag in Genf zusammengetreten.

Der nationalistische französische Abgeordnete Laittinger hat in der Kammer einen Resolutionen Antrag eingebracht, durch den der Präsident der Republik aufgefordert werden soll, von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch zu machen und die Kammer aufzulösen.

Die Stimmung in Genf.

In den Berichten der in großer Zahl nach Genf entandenen Sonderberichterstatter spiegelt sich die melancholische Stimmung wider, die sich in der französischen Öffentlichkeit seit den Ereignissen des Samstags ausdrückt. Es wird festgestellt, daß Briand mit Rücksicht auf die andern Völkerverbündeten auf die Einbringung eines Vertragsantrags verzichtet habe, obwohl ihm dieser Gedanke vorzuschwebte. Natürlich habe die Vorlesung der Locarno-Signatur wegen der unzulänglichen Vollmachten Briands zu keinerlei Entscheidung führen können und es mußte bei einem allgemeinen Meinungs-austausch bleiben.

Polen ist wegen der Nachteile, die ihm aus der voraus-sichtlichen Vertagung der Frage der Ratserweiterung entstehen, und als indirektes Opfer der französischen Kabinettskrisis Gegenstand lebhafter Anteilnahme. In Genf Völkerverbündeten wird, wie der Genfer „Temps“-Korrespondent be-stätigt, mit der Vertagung der Ratserweiterung auf die kom-mende Septemberberatung gerechnet. Demgegenüber betont der Leitartikel des „Temps“, daß durch den Rücktritt Briands die internationale Lage keine Änderung erfahren dürfte.

Es kommt darauf an, die längst geplante Vermehrung der Ratssitze so schnell wie möglich durchzuführen, wenn man eine für den Völkerverbund verhängnisvolle Krise vermeiden wolle. Die Genfer Berichte sprechen wieder davon, daß man versuchen werde, Deutschland zu verpflichten, nach seiner Aufnahme in den Völkerverbund dem Ausnahmefall anderer Mächte und der damit verbundenen Reorganisation des Rats keine Schwierigkeiten zu machen. Wenn z. B. Spanien auf sofortige Er-füllung seiner Ansprüche bestünde, so könnte Polen den frei-willigen nichtständigen Ratssitz erhalten. Der Genfer Tabas-Berichter hebt die Unzulänglichkeit der Briandischen Voll-machten hervor und stellt fest, daß das gesamte Problem der Ratserweiterung ein völlig verändertes Gesicht angenommen habe. Briand habe nicht verfehlt, bei seiner Ankunft in Genf die andern Delegierten darauf aufmerksam zu machen, daß er auf Grund des Mißtrauensvotums der französischen Kammer nicht in der Lage sei, offiziell im Namen der französischen Regie-rung aufzutreten. Er habe durch seine Anwesenheit lediglich einen Beweis internationaler Courtoisie und seines eigenen Pflichtbewußtseins geben wollen.

Rheinische Gedächtnisfeier in Berlin.

Zur Befreiung der Kölner Zone.

Der Westauschuss für Rhein, Saar und Pfalz veran-staltete am Sonntagmittag aus Anlaß der Befreiung der Kölner Zone eine Gedächtnisfeier. Der Plenarsitzungs-saal des Reichstags und die Tribünen waren bis auf den letzten Platz besetzt. In der Diplomatengasse hatten u. a. der Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Marx und Reichstagspräsident Lohde Platz genommen.

Der Vorsitzende, Präsident Dr. Kaufmann, sagte in seiner Begrüßungsansprache, daß ein Dreigesähr über dieser Feier-stande stehe: die Freiheit des Rheinlandes, Götter der rheinischen Patrie und der leider seit Jahren bedrohliche Verfallerscheinungen aufweisende Kölner Dom. Geheimrat Dr. Marx legte die historische Verbundenheit des Rheinlandes mit dem Reich in Vergangenheit und Gegenwart dar. Geheimrat Dr. Fink be-tonte in einer eingehenden Würdigung der Persönlich-keit Görres, daß das deutsche Volk alle Ursache habe, in seiner Gesamtheit Görres ein Denkmal zu setzen.

Besonderen Eindruck machte die Rede von Geheimrat Professor Dr. Clemen-Dunn über den Kölner Dom als den Ausdruck der Kunst und Kultur Deutschlands. Der Trom-peten- und Posaunenchor des Kammerorchesters Ludwig Blah leitete die Feier mit der Intrade der Feldtrompeten ein und be-leuchtete sie mit Beethoven's „Die Himmel rühmen des Erigen Ehre“. In der Wandelhalle des Reichstags fand im Anschluß ein Tee-Empfang statt, während dessen namhafte Künstler der Staatsoper einige Vlieder vortrugen.

Die Fürstenabfindung.

Die Besprechungen zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der Regierungsparteien unter Hinzuziehung der Wirtschaftlichen Vereinigung haben zu einer Vereinbarung geführt, durch die der Kompromißgegenschentwurf über die Aus-einanderlegung zwischen den Ländern und den vormals regie-renden Fürstenhäusern gegenüber den Beschlüssen der ersten Lesung des Rechtsausschusses in manchen Punkten eine Ver-änderung erfährt. Die Vereinbarung bedarf noch der Zu-stimmung der beteiligten Fraktionen. Das Reichsministerium ist augenblicklich damit beschäftigt, der neuen Gestalt des Ent-wurfs eine endgültige juristische Fassung zu geben. Dann soll der Entwurf von den Parteiführern noch einmal überprüft werden. Die Vereinbarung ist zustande gekommen in der Voraussetzung, daß sämtliche beteiligten Parteien, also auch die Demokratische Partei, eine Beteiligung am Volksbegehren ab-lehnen.

Nach der neuen Fassung, die der Kompromißgegenschentwurf erhalten hat, ist die Zahl der Mitglieder des Reichs-sonder-gerichts, die neun beträgt, unverändert geblieben, auch bleibt der Präsident des Reichsgerichts Dr. Simons weiterhin mit dem Vorsitz des Reichs-sondergerichts betraut. Es soll eine Sicherung dafür geschaffen werden, daß Dr. Simons regel-mäßig den Vorsitz im Sondergericht führt. Die übrigen acht Mitglieder des Gerichts, die auf Vorschlag des Reichsmini-steriums des Innern und des Reichsjustizministeriums vom Reichspräsidenten ernannt werden, sollen in vier Berufs-richter und vier Laienrichter geteilt sein.

Vom Reichsjustizminister Dr. Marx wurde ausdrücklich erklärt, daß die vier Laienrichter nach staatspolitischen, wirt-schaftlichen und sozialen Gesichtspunkten aus bürgerlichen Kreisen entnommen werden sollen, die vier Berufsrichter sind aus der Gesamtheit der an deutschen Gerichten oder Verwal-tungsgerichten tätigen Richter zu wählen.

Bei der Auseinanderlegung wird

das Reichs-sondergericht

eine Dreiteilung der vorhandenen Vermögensmasse vorneh-men. Der erste Teil umfaßt die Objekte, die dem Staate zu-fallen; er setzt sich aus allen Objekten zusammen, die von früher regierenden Häusern auf Grund des Völkerverbündeten, Staats-oder öffentlichen Rechts oder gegen Leistungen erworben wor-den sind, die nur kraft der früheren souveränen Stellung be-wirkt werden konnten. Dazu gehören u. a. alle Vermögens-werte, die durch irgendwelche Hoheitsakte wie Kabinettsordres, Verordnungen usw. den Fürsten zugefallen sind. In Frage kom-men dabei z. B. Dells, die schmalzburger Forsten und die Herrschaften Platon-Krojanke und Glienide. Dieser erste Teil umfaßt die Objekte, die dem Staate unentgeltlich zugefallen sollen; allerdings soll der Gegenbeweis zulässig sein, daß es sich um privates Eigentum handelt.

Beim zweiten Teil handelt es sich um die ausschließlich auf Grund von privatrechtlichen Vorgängen und mit privaten Mit-teln erworbenen Objekte. Diese Vermögensgegenstände fallen zunächst den Fürsten zu, wenn der hierfür erforderliche Beweis er-bracht wird, daß sie mit privaten Mitteln erworben worden sind. Hier kommt u. a. das Gut Cabinen in Frage. Aus diesem Privateigentum der Fürsten kann aber der Staat alles herausnehmen, was er aus kulturellen, volkswirtschaftlichen und gesundheitslichen Erwägungen der öffentlichen Hand zu-führen will. Es handelt sich hier um Forsten, Städteerwei-terungen, Siedlungsmöglichkeiten und ähnliches. Ob und welche Entschädigung hierfür zu entrichten ist, richtet sich dar-nach, ob die Gegenstände für das Land veräußerlich sind oder nicht und ob der Gegenstand dem Lande finanziellen Nutzen verschafft.

Zum dritten Teile der Vermögensmasse gehören alle Ob-jekte, die sich nicht mit Sicherheit oder nur nach langwierigen Beweisen in den ersten oder zweiten Teil einordnen lassen. Hier hat der Staat vorweg einen freien entschädigungslosen Zugriff auf alle der öffentlichen Beschäftigung und Benutzung freigegebenen Vermögensobjekte, wie etwa

Theater, Schlösser, Parks, Museen,

Bibliotheken, Bildergalerien (in Preußen wurde bisher in diesem Falle immer zugunsten der Fürsten entschieden.) Nur wenn diese Einrichtungen der Beschäftigung und Benutzung erst nach dem Jahre 1918 freigegeben wurden, findet eine Ent-schädigung statt, aber nur dann, wenn der Staat aus der Freigabe dieser Einrichtungen oder Vermögensgegenstände einen finanziellen Uberschuss erzielt. Außerdem wird aus diesem Fonds dem Lande vorweg der Betrag zugewiesen, der für die Pensionsansprüche der früheren Hofbediensteten auf-zubringen ist. (In Preußen beträgt dieser Betrag gegenwär-tig jährlich 2 Millionen Mark.) Der Rest der alsdann in dieser dritten Teilungsmasse verbleibt, wird nach den Grund-sätzen der Billigkeit aufgeteilt. Wenn sich dabei ergibt, daß bei dieser Beteiligung in vielen Fällen die Fürsten nur ganz ge-ringfügige Gegenstände erhalten, dann kann den Mitgliedern der fürstlichen Familien, die sich am Leben befinden, nicht aber ihren Nachkommen, eine angemessene Rente gewährt werden. Das

die Frage der Rückwirkung

anlangt, so fallen in dieser Auseinanderlegung alle Objekte, die gegenwärtig noch zwischen einem Land und den Fürsten-familien strittig sind. Wenn ein Gesamtverfahren zwischen einem Lande und der betreffenden Fürstenfamilie noch nicht erledigt ist, dann fallen auch die Grundstücke hierunter, über die durch Urteil oder Vergleich bereits rechtskräftig entschieden ist. Diese Gegenstände können zur Befriedigung der Haupt-familie verwendet werden, auch wenn sie einer Nebenlinie be-reits zugesprochen worden sind. Sie können auch vom Staat gemäß den vorübergehenden Bestimmungen über privates oder strittiges Eigentum in Anspruch genommen werden. Das Ge-richt hat aber vorweg auf Antrag ein solches Urteil zu kassieren, wenn es im Widerspruch mit den jetzt geltenden Be-stimmungen über die Abfindung steht. In einem solchen Falle, aber auch nur dann, muß die Entscheidung des Reichs-sondergerichts mit Zweidrittelmehrheit erfolgen. Von einer rückwirkenden Kraft auf die bereits erledigten Auseinander-legungen wird auch im neuen Entwurf abgesehen. Daher können als erledigt gelten die Auseinandersetzungen in Baden, Sachsen, Braunschweig, Anhalt und Bayern. Aufrechnungen von bereits beschlossenen Vergleichen liegen zur Zeit vor in Oessen und in Bippe-Deimold.

Die Aussprache in Genf.

Luther, Stresemann und Chamberlain.

Die Besprechungen, die in Genf zwischen Chamberlain, Briand, Scialoja, Vandervelde, Stresemann und Luther statt-fanden, haben vier Stunden gedauert. Sie wurden in ein-gehender, aber auch durchaus sachlicher Weise geführt.

Wie man von gut unterrichteter Seite erfährt, ist man in der deutschen Delegation von dem Ernst der Lage überzeugt, da es völlig offen steht, wie die weiteren Verhandlungen sich gestalten werden. Von der deutschen Delegation muß natur-gemäß ebenso wie in Locarno starke Zurückhaltung geübt werden. Trotzdem läßt sich über den Verlauf der Verhand-lungen folgendes sagen: Die ganze Zeit der vierstündigen Verhandlungen war angefüllt mit einer Diskussion über die Kernfrage des Problems, das sich jetzt angesichts des Eintritts Deutschlands in den Völkerverbund herausgebildet hat. Von seiten der alliierten Mächte wurde der Standpunkt dargelegt, der sie veranlaßt, ihre Anschauungen über die Möglichkeit einer Ratserweiterung in der gegenwärtigen außerordentlichen Session für richtig zu erachten. Von deutscher Seite wurde demgegenüber mit voller Entschiedenheit der Standpunkt ver-treten, der durch die einmütige Kundgebung des deutschen Reichskabinetts festgelegt und seinen Ausdruck in der Ham-burger Rede des Reichskanzlers gefunden hat.

Irgendwelche Perspektiven für die Möglichkeit oder Wahr-scheinlichkeit einer Lösung zu eröffnen, wäre verfehlt. Die Ver-handlungen sind in außerordentlich sachlicher Weise geführt worden. Auf beiden Seiten war der unbedingte Wille zu ver-spüren, daß gerade die Möglichkeiten, die in Locarno beim Ab-schluß des Rheinpakt zusammengeklappt haben, bei der Lösung der außerordentlichen Schwierigkeiten nicht der Lösung ver-sagen dürfen. Man rechnet damit, daß Briand die Absicht habe, in wenigen Tagen nach Genf zurückzukehren, da an-scheinend eine rasche

Lösung der französischen Kabinettskrisis

erwartet wird. Der Zeitpunkt für die nächste Sitzung der Mächtevertreter, die an der Unterredung teilgenommen haben, ist noch nicht festgesetzt. Die Verhandlungen werden ent-sprechend den Erfahrungen, die man in Locarno gesammelt hat, fortgesetzt werden. Die bei dem Rheinlandpakt beteiligten Mächte bilden nur einen Ausschnitt aus den verschiedenen Interessengruppen. Die Lösung selbst muß der Völkerverbund finden. Es ist auch anzunehmen, daß von allen Seiten der mit Deutschland verhandelnden Mächte eine Fühlungnahme mit den ihnen nahestehenden oder mit denjenigen Gruppen erfolgt, von denen sie glauben, auf ihre Hilfe bei der Erlangung von Ratssitzen vertrauen zu können. Die Zahl der Mächte, die auf Ratssitzen vertrauen zu können, hat sich inzwischen ver-stärkt. Es hat sich das eine gezeigt, daß das Verlassen des Grundgesetzes, das nur Großmächte einen ständigen Ratssitz be-an spruchen können, zahlreichen Ansprüchen Tor und Tür öffnet.

Die französische Kabinettskrisis.

Nur ein Mandat?

Der „Sunday Express“ ist der Meinung, daß der Rücktritt Briands möglicherweise ein Mandat sei, um Deutsch-lands Eintritt in den Völkerverbund zu verhin-dern. In einigen diplomatischen Kreisen Londons bezweifeln man den zufälligen Charakter der französischen Kabinettskrisis, ja man stimmt sogar der Auffassung zu, daß die ganze Krise ein künstliches Zeugnis bestimmter politischer Be-strebungen sei. Briand hat dieser Quelle nach so gerechnet, daß, wenn er zeitweilig nicht im Amt sei, er dann sehr viel bessere Aussichten habe, für Polen und Spanien die gewünschten Sitze im Völkerverbund zu sichern. Er könne dann Chamberlain gegenüber argumentieren, daß, wenn er, Briand, diese Konzeptionen nicht erhalte, er nicht wieder fran-zösischer Außenminister werden würde.

Luther in Genf.

Eine Erklärung des Reichskanzlers.

Bald nach seiner Ankunft in Genf gab Reichskanzler Dr. Luther folgende Erklärung ab: „Ich freue mich, wieder einmal in Genf weilen zu können, wo ich den Anfang meiner Studienzeit verbrachte, was zu meinen eindrucksvollsten Lebenserinnerungen gehört. Genf ist mir durch dieses persönliche Erlebnis stets in erster Linie als eine der geistigen Zentren Europas lebendig geblieben. Politische Erklärungen werden von mir nicht erwartet. Den deutschen Standpunkt in den großen politischen Fragen, die hier in Genf zur Erörterung stehen, habe ich ja erst vor wenigen Tagen in meiner Hamburger Rede zum Ausdruck gebracht. Er ist gekennzeichnet durch den Zeitgedanken, daß für Deutschland, von dem Augenblick seines Eintrittes in den Völkerbund an, in gemeinsamer Mitglieder maßgebend sein wird. Ich hoffe zuversichtlich, daß die kommende Tagung in diesem Sinne erfolgreich verlaufen wird.“

Politische Tagesschau.

Die französische Kabinettskrise. In einem offenbar beeinflussten Genfer Telegramm des Kavassvertreter wird über die durch die Demission des Kabinetts Briand geschaffene Lage in Bezug auf die Erweiterung des Völkerbundesrats folgendes erklärt: Briand würde die auswärtige Politik Frankreichs nicht festlegen können, und deshalb würden die Genfer Besprechungen keinen anderen Charakter haben als den eines allgemeinen Meinungsaustausches ohne sofortige praktische Schlussfolgerungen. Aus diesem Grunde werde es immer wahrscheinlicher, daß, wenn das Programm der offiziellen Sitzungen des Völkerbundes und des Rates nicht geändert würde — und das würde nicht der Fall sein — die nebenher gehenden Verhandlungen, insbesondere diejenigen über die Erweiterung des Rates, vorläufig aufgehoben werden würden.

Eine Rede Doumergues. Der Präsident der französischen Republik, Doumergue, hielt bei dem Bankett des Pariser Gemeinderats und des Generalrats von Lyon eine Rede, in der er erklärte: Unser Land ist nicht weniger auf den inneren als auf den äußeren Frieden bedacht. Es weiß in der Tat genau, daß jedes Ereignis, das den inneren Frieden ernstlich in Gefahr bringen würde, eine noch ernstere Gefahr für den äußeren Frieden hervorrufen würde. Das republikanische und demokratische Frankreich, das aus dem Kriege hervorgeht mit dem Bewußtsein alles dessen, was man dadurch verliert, und der fast nicht wieder gutzumachenden Ruinen, die es verursacht, selbst wenn man ihn gewinnt, legt Wert darauf, sich gegen die Rückkehr eines derartigen Unglücks zu sichern. Deshalb will es keine Unordnung im Innern. Deshalb läßt es, während es weiterhin wachsam und stark bleibt, keine Gelegenheit vorübergehen, um durch seine Haltung und durch unbestreitbare Tatsachen seinen von Grund auf friedliebenden Willen zu festigen und zu beweisen. Deshalb entzieht es sich niemals einem Vorschlag, einer Maßnahme oder einem Abkommen oder einer Annäherung, die ihm geeignet erscheint, den Frieden zu befestigen und die Welt vor Kriegsgefahren zu schützen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 8. März.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums. Verbunden damit ist der Gesetzentwurf über Steuerminderungen.

zur Vereinfachung der Wirtschaftslage. Ferner sind mit zur Beratung gestellt drei Interpellationen und 33 Anträge aller Parteien, die Abänderungsvorschläge zu den Steuergesetzen enthalten und Maßnahmen zur Behebung der Wirtschaftsnöte fordern.

Abg. Reil (Soy.): Es sei ein billiges Vergnügen, nach der Finanzverwaltung mit Steinen zu werfen. Die Steuerbeamten tun ihre Pflicht, wenn sie die Gesetze zur Durchführung bringen. Sie haben eine außerordentlich schwere Aufgabe. Ein Personalabbau bei der Finanzverwaltung sei aber nicht möglich. Von der gesamten Lohnsteuer entfallen 82 Prozent auf Einkommen bis zu 5000 Mark. Der landwirtschaftliche Großgrundbesitz und auch der mittlere Grundbesitz erzielen angeblich keine Gewinne. Ihre Steuerfreiheit beruhe auf ihren Bilanzierungskünsten. Der Redner fordert Offenlegung der Steuerliste, Durchführung des Wohnungsbauprogramms, Stimmi der Verabschiedung der Umlaufsteuer

Das einsame Schloß.

Roman von Erich Ebenstein.

Urheberrecht durch Stuttgarter Romanzentrale
C. Ackermann, Stuttgart.

Am achtzehnten Mai um elf Uhr vormittags bezog Herr Ignaz Korner sein neues Quartier, und schon drei Tage später erzählte die hübsche Minna, Frau Hollstiens Stubenmädchen, ihren Freundinnen, daß sie einen neuen Verehrer habe, der schrecklich in sie verliebt sei. Er heiße Korner, wohne bei der Witwe Wantoch, sei Reisender von Beruf und verdiene viel Geld. Und wenn sie nur ernstlich wollte, dann könnte sie jetzt wohl bald auch eine gnädige Frau sein. Aber das würde sie sich noch gründlich überlegen, denn der Hollstiensche Inspektor brauche in der Fabrik sei auch nicht zu verachten und „mache ihr schon lange Augen...“

7. Kapitel.

Frau Luckmann und ihre Tochter fuhren in einer rumpelnden Landkutsche über die Hochebene von Bechen nach Schloß Gallenhofen.

Die Majorin fieberte ordentlich vor innerer Erregung und Gemütsbewegung. Endlich sollte sie das Schloß ihrer Vorfahren betreten, noch dazu als Herrin! Der Traum ihrer Jugend erfüllte sich.

Sie hatte es nie zuvor gesehen, kannte aber trotzdem jeden Winkel darin. Im Heim ihres Großvaters, Bobo Rosenschwerts, gab es zahlreiche Abbildungen davon, Wandzeichnungen und Aquarelle, die er selbst als junger Mensch von einzelnen Partien des Parkes und Hauses angefertigt hatte. Stundenlang hatte er der Enkelin von Gallenhofen erzählt, ihr alles dort beschreiben und sich in den Gedanken hineingelegt, daß sein Sohn Erwin und sie selbst einst dort leben würden, da Meinrichs

und der Beseitigung der Zugsteuer zu und fördert mehr Stetigkeit im Steuerwesen.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold

stellt fest, daß das Gesetz über Steuerminderungen sich eng an seine Etatsrede anlehne. Eine Abweichung wäre nur insofern vorhanden, als die Regierung sich jetzt entschlossen habe, die Zugsteuer vollständig aufzuheben, weil auch ihre teilweise Aufrechterhaltung als Vertenerung deutscher Qualitätsarbeit wirken würde. Die Steuerentlastungen, so erklärt der Minister weiter, dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Sie sind ein Teil des Programms der Reichsregierung für die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft nach der schweren Krise. Dazu gehört auch in erster Linie

Die Hebung und Förderung des Exportes.

Dazu gehören weiter Maßnahmen zur Kredithilfe. Die Steuerentlastungen stehen im Zusammenhang mit den Ersparnismaßnahmen, die durchgeführt werden müssen. Dieser Weg zur Ersparnis geht über die Arbeitsvereinfachung und über die Verwertungsreform. Wir haben den Ländern und Gemeinden schon die Möglichkeit zur Beschaffung billiger zweiter Hypotheken gegeben. Wir wollen jetzt auch bei der Beschaffung erster Hypotheken helfend vorgehen, zunächst durch einen gewissen Zwischenkredit aus Reichsmitteln. Dadurch wird die Bautätigkeit belebt werden.

Die Steuerentlastungen

sind wohl überlegt. Es ist ja auch das politische Wunder eingetreten, daß die Deutschen jetzt nicht mehr die Aktion als einen Sprung ins Dunkle ansehen. Wie wäre es sonst zu erklären, daß die Deutschen weitere Anträge auf Steuerentlastungen stellen, die in ihrer Wirkung weit über die Regierungsvorschläge hinausgehen. Eine weitere Voraussetzung für die Steuerentlastung ist es, daß wir die Ausgaben des außerordentlichen Etats, die für die Zukunft bestimmt sind, aus Anleihen nehmen. Die Anträge auf Senkung anderer Steuern werden sich nicht durchführen lassen. Unsere Vorschläge sollen zu einer Entlastung und

Belebung der Gesamtwirtschaft

führen. Das ist von der Senkung anderer Verbrauchssteuern nicht zu erwarten. Der Minister empfiehlt, an der rechtlichen und technischen Gestaltung des Steuerrechts vorläufige Änderungen jetzt nicht vorzunehmen. Die Herabsetzung der Umlaufsteuer wird sich natürlich nicht sofort auswirken. Auf die Dauer wird sie aber die Preise beeinflussen.

Abg. Dr. Oberjohr (Dnl.) weist auf den ungetöschlich kostspieligen Apparat der Finanzverwaltung hin. Das deutsche Reichsheer koste mit allen seinen Ausgaben nur 28 Millionen Mark mehr als die Finanzverwaltung. Für das Branntweinmonopol müßte der Grundsatz gelten, daß nicht in erster Linie Branntwein, sondern Futtermittel erzeugt werden müssen.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold

erwidert, er habe ein fertiges Werk übernommen und konnte nur die Notmaßnahmen vorschlagen, die die Notlage der Wirtschaft erforderten. Andere Senkungen in der direkten Steuer als vorgegeben sind nicht möglich. Der Minister verwahrt sich dann entschieden gegen den Vorwurf der Rechten, er sei Parteiminister. Er werde nur eine Politik treiben, die im Interesse des ganzen Staates und der Wirtschaft sei.

Handelsteil.

Berlin, 8. März.

Devisenmarkt. Der neue Fortschritt des französischen Frankenrückganges verstimmte. London-Paris gab anfangs bis 196,25 nach.

Effektenmarkt. Das Geschäft setzte außerordentlich still ein. Zu einem Umschwung kam es hierin bei Festsetzungen der ersten Kurse. Die Festigkeit dieses Marktgebietes gab sodann der gesamten Börse eine Anregung. Bei teilweise lebhaften Umsätzen konnten daher nach der ersten Kursfestsetzung unter Führung besonderer Spezialwerte durchweg leichte Steigerungen erzielt werden.

Produktenmarkt. Weizen (märk.) 24,90—25,30, Roggen (märk.) 14,80—15,20, (pom.) 14,60—15, Sommergerste 16,20 bis 18,60, Futtergerste 13,60—15, Hafer (märk.) 15,90—16,90, Weizenmehl 32,25—35,75, Roggenmehl 21,50—23,25, Weizenkleie 10, Roggenkleie 8,80—9.

Frankfurt a. M., 8. März.

Devisenmarkt. Im Devisengeschäft hat die Frankenbauffe eine starke Belebung verursacht. Die Pfundparität des Franken

stieg im Frühverkehr auf 135,75, das englische Pfund auf einem Gegenwert von 4,85 Dollars um 4/4 Dollarcentis schwach. Die Mark ist unverändert fest.

Effektenmarkt. Die neue Woche brachte der Börse wesentliche Belebung des Geschäfts und starke Aufwärtsbewegung der Kurse. Am deutschen Rentenmarkt nahm die Umschlagshäufigkeit einen größeren Umfang an. 5proz. Kriegsanleihe erreichte nahezu 0,4. Schutzgebietsanleihen lagen sehr fest 7,37. Pfandbriefmarkt schloß sich der allgemeinen Aufwärtsbewegung an, wobei die einzelnen Werte um 5—10 Pfg. anwogen.

Produktenmarkt. Es wurden gezahlt für 100 Pfd. Weizen 26,25—26,50, Roggen 17—17,25, Sommergerste 20—21, Hafer (inländ.) 18,50—21,50, Mais (gelb) 17—17,50, Weizenmehl 39,50—40, Roggenmehl 25—25,50, Weizenkleie 9—9,25, Roggenkleie 9,50—9,75.

Frankfurter Schlachtviehmarkt. Preise für 1 Stk. Lebendgewicht. Ochsen: a) 48—55, b) 46—47. Bullen: a) 46—50, b) 28—45. Färsen und Kühe: a) 48—52, b) 42—48, c) 36—47, 33—41, d) 22—33, e) 18—21. Kälber: a) 65—70, b) 56—64, c) 48—55, d) 40—47. Schafe: a) 41—43, b) 35—44, c) 25—30. Schweine: a) 80—82, b) 73—75, c) 81—83, d) 80—82, e) 80—82, f) 65—75. Auftrieb: 303 Ochsen, 30 Bullen, 673 Färsen und Kühe, 409 Kälber, 3910 Schweine. Markterverkauf: Rinder wurden lebhaft, Kleinvieh bei mäßig regem Handel ausverkauft. Erhalten Schweinemarkt gedrückt, Geschäft und Ueberstand. Die lebenden Preise sind Marktpreise am Frankfurter Viehmarkt nicht mit Stallpreisen zu verwechseln.

Aus Nah und Fern.

Tagung der hessischen Landwirtschaftskammer. Darmsstadt hielt die hessische Landwirtschaftskammer auf Hauptversammlung ab. Der Rat Hensel-Dortelweil begrüßte die Erschienenen und gab in kurzen Umrissen ein Bild der hessischen Wirtschaftslage, insbesondere der Landwirtschaft. Der hessische Landtag gegen die Landwirtschaftskammer. Die Hauptthesen seien auf falschen Voraussetzungen aufgebaut. Die hessische Landwirtschaftskammer habe ein falsches Bild der Finanzwirtschaft der Landwirtschaftskammer gegeben. Die Erhebungen der Kammer. Ein Beamtenabbau bei der Kammer könne schon darum nicht stattfinden, weil die Kammer während und nach dem Kriege nicht er worden sei. Darauf erstattete Direktor Samann einen Bericht über die Lage der Landwirtschaft, worauf eine Entschließung angenommen wurde, in der gegen die Vernachlässigung der Schädigung der Interessen der deutschen Landwirtschaft durch die Politik der Reichsregierung Protest erhoben wird. Die Kammer gegen die Stellung der hessischen Regierung in der Frage des Schutzes der landwirtschaftlichen Produktion wurde Stellung genommen. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen wurden zahlreiche Anträge eingebracht, die den Abbau von Steuern insbesondere der Wein- und Getränkesteuern, fordern u. a. lehnen. Alle Anträge wurden angenommen.

Frankfurter Amerika-Ausstellung. Vor bald hundert Jahren ist das erste amerikanische Konsulat auf deutschem Boden, in Frankfurt a. M., errichtet worden. Die Verhältnisse zwischen dieser Stadt und Amerika sind in diesen hundert Jahren lebendig und erstreckten sich auf kulturelle wie wirtschaftliche Fragen und Bestrebungen gleicherweise. So lohnt es sich durchaus, einmal auf die vielfachen und vielgestaltigen Beziehungen des alten und neuen Frankfurt zu Amerika in der Rahmen einer historischen Schau hinzuweisen. Das Frankfurter Städtische Historische Museum bereitet in Verbindung mit der Werbezentrale eine Amerika-Frankfurt-Ausstellung vor, die vor allem auch mit Rücksicht auf zahlreiche, die Mainfrankenmetropole im kommenden Sommer besuchende amerikanische Reisegesellschaften veranstaltet wird. Die Ausstellung wird am 2. Mai d. Js. eröffnet werden.

Die Eintragungen zum Volksbegehren. In Frankfurt haben sich in die Listen des Volksbegehrens zur Entschädigung des Fürstentums bisher rund 20 000 Personen eingetragen. Die beim Wahlamt bereits eingereichten Listen tragen die Unterschrift von über 18 000 Personen; die restlichen Unterschriften dürften noch im Laufe des Tages abgeliefert werden.

Frauenbundtagung in Wiesbaden. In Wiesbaden fand unter starker Beteiligung der katholischen Frauen der Rhein- und Mainkreises und des ganzen Nassauer Landes ein

nicht Freude, Galle war von ihm ausgegangen nach allen Richtungen. Wie konnte ein Haus Glück bringen, an dem so viel Jammer und Tränen hingen? Es hatte ja auch seit Urgroßvaters Zeiten niemanden Glück gebracht.

Von den drei Söhnen war der älteste in der Fremde, der zweite vertrieben und hagerfüllt, der dritte in zornigem Schred gestorben. Und in der zweiten Generation?

Ubo, Meinrichs Sohn, war verunglückt. Erwin, ihr Vater, an kummervoller Enttäuschung gestorben, und Meinrich, Ugos Sohn, war sogar ermordet worden. Wahrlich, es ruhte wie ein Fluch auf allem, was mit Gallenhofen zusammenhing...

Würde es nun besser werden? Sella zweifelte. Denn ein banges Gefühl wuchs in ihr auf, je mehr man sich dem Ziel der Fahrt näherte. Sie selbst wäre am liebsten umgekehrt und hätte nicht einen Fuß in das Stammschloß ihrer Vorfahren gesetzt. Aber da war Mama, die gute, arme Mama, in der alles Freude, Nahrung und Schutz suchte war.

Während diese Gedanken durch Sellas Kopf zogen, konnte sie sich gleichwohl dem Zauber der Landschaft nicht entziehen, durch die sie fuhren.

Schön, herrlich war es doch hier! So viel Wiesengrün, traumliche Dörflein, schmucke Bauernhöfe an der Berglehne links und rechts, zuweilen zwischen Waldbäumen herrliche Ausblicke über das Tal, gegen das die Hochfläche steil abfiel. Drüben auf der anderen Talseite aber türmten sich waldreich, von malerischen Felszinnen gekrönt, die Berge der Karawanken auf, links lag das Wachergebirge seine Berge auf sie niederschauen.

Nun tauchte rechts, hart am Rand der Hochfläche, der Turm einer Kapelle auf, und die Majorin sagte aufgeregt Sella Hand.

(Fortsetzung folgt.)

polisch-deutsche Frauentagung statt. In der Aula des
Saals 11 am Bosenplatz wurde eine öffentliche Versamm-
lung abgehalten, die außerordentlich guten Besuch aufwies, und
der Fräulein Studienrat Franken-Köln das Hauptreferat
übernommen hatte.

Δ Zur Hausinspektion. Die Handelskammer Wies-
baden teilt mit: Der Steueraussschuß des Deutschen Indu-
strie- und Handelskammerverbandes befand sich in seiner Sitzung am
17. u. 18. a. auch eingehend mit der Neuordnung der Haus-
steuererhebung. Zur Weiterbehandlung der hiermit in
Zusammenhang stehenden Fragen wurde eine kleine Kom-
mission gebildet, in der auch die Industrie- und Handelskammer
Wiesbaden durch Syndikus Dr. Meuser vertreten ist. Die
Kommission wird demnächst zusammentreten, um ihre Vor-
schläge auszuarbeiten.

Δ Aufbau, nicht Abbau der Siegener Universität. In
Zusammenhang mit der letzten Zeit mehrfach
über die Landesuniversität Siegen geschrieben worden, als ob
der Abbau oder gar die Auflösung der Universität bevorstehe.
Tatsache das Gegenteil ist aber der Fall. Wie jede Universität
natürlich auch die Siegener unter der Not zu leiden. Es
ist aber außerordentlich anerkannt worden, daß trotzdem der
wissenschaftliche Staat, den die Siegener in Rheinprovinz
um einen großen Teil seiner Einrichtungen bringt, alles tut,
um die Landesuniversität nicht nur auf ihrem früheren Stande
zu erhalten, sondern sogar kräftig weiter zu entwickeln. Raum
für die Universität verfügt über so vielfältige Disziplinen als
möglich. Aus alledem geht hervor, daß der Hessische Staat die
Landesuniversität nach Kräften fördert. Weiteren Wünschen,
sich die Universität neuerdings ausgesprochen hat, und von
den Dringlichkeit sich Vertreter der Regierung und der
Landtagskommission des Landtages in den letzten Tagen überzeugt
zu sein, ist wohlwollende Berücksichtigung zugesagt worden.

Δ Eisenbahnräuber. Eisenbahnräuber haben ihre Tätig-
keit auf der Strecke von Bebra nach Gerstungen aufgenommen.
Der Güterzug wurde ein Güterzug schwer beraubt. Drei Güterwagen
wurden erbrochen, ihr Inhalt durchgehendenbetroffen und die
Waren zum Teil zerstört. Gestohlen sind u. a. größere
Mengen Stoffe, darunter besonders Feinen. Die Täter müssen
während der Fahrt abgeworfen haben, dann selbst
Entsprungen sein und ihr Diebesgut in Sicherheit gebracht
haben.

Hilfe für die Winzer.

Maßnahmen der preussischen Regierung.
Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit, daß der
Landtag des preussischen Landtags vom 5. März über die so-
genannte Ausschüttung des auf Preußen entfallenden Anteils der
Einkaufspreise für die in Not geratenen Winzer bereits gestern in
dem Maße durch das preussische Landwirtschaftsministerium
Ausführung gelangt ist.

Dem Präsidenten der Rheinprovinz sind 1,6 Millionen
Mark zur Verteilung an die Winzer überwiesen worden. Die
entsprechende Maßnahme ist für den Regierungsbezirk Wiesbaden vor-
genommen, sobald das telegraphisch angeforderte Material vorliegt.

Auf eine kleine Anfrage der Zentrumsfraktion des preussischen
Landtags hat der preussische Landwirtschaftsminister er-
widert, daß über die Verwendung der bisher aufkommenen
Mittel aus den zu einem Drittel für die Hebung der Not des
Winzerstandes bestimmten Ertrag der Weinsteuer zwischen der
Landesregierung und den am Weinbau beteiligten Landesregie-
rungen Verhandlungen stattgefunden haben. Der Amt-
liche Preussische Pressedienst der Antwort weiter entnimmt,
daß nach dem Verhandlungsergebnis 75 Prozent der gegen-
wärtig verfügbaren Mittel zur Eingabe von Krediten, die rest-
lichen 25 Prozent zur allgemeinen Förderung des Weinbaus,
insbesondere auch zur Verstärkung der Weinkontrolle und der
Milderung der schweren Absatzkrise dringend notwendigen
Ausstattung einer großen Weinpropaganda verwendet werden.

Letzte Nachrichten.

Schwere spanische Niederlage bei Tetuan.
Paris, 8. März. Nach den letzten Nachrichten aus Marokko
ist die spanische Offensive zu einem schweren Mißerfolg ge-
kommen. Der Führer der spanischen Fremdenlegion, der bei dem
Angriff bei Tetuan schwer verwundet wurde, ist gestorben.
Die Andjeras und Djeballas, die sich kürzlich den Spaniern
unterworfen hatten, haben wieder die Waffen ergriffen. Die
Verluste der spanischen Fremdenlegion sind außerordentlich
hoch. Den Rüstungen gelang es, an einigen Stellen die spani-
schen Linien zu durchbrechen und dabei bis auf eine Meile
nahe Tetuan heranzukommen.

Stimmungsmache gegen Deutschland.
Genf, 8. März. Bezeichnend für die starke Stimmungsmache
gegen Deutschland ist das von französischen und
österreichischen Seite verbreitete Gerücht, eine Entscheidung in der
Einkaufspreise sei bereits gefallen. Es wird behauptet, daß Deutsch-
land der Zuteilung eines ständigen Ratsplatzes an Spanien
bereits gestern zugestimmt habe und daß der freizubehaltende
Sitz Polen zufallen werde. Es erübrigt sich fast,
auf diese durchsichtige Manöver einzugehen. Von Seiten der
deutschen Delegation ist mit größtem Nachdruck darauf hin-
gewiesen worden, daß bisher keinerlei Beschlüsse gefaßt worden
sind und daß die deutsche Delegation unverändert an den vom
Reichstagsrat in Lausanne vertretenen Grundsätzen festhalte.

Aus aller Welt.

Δ Vier Personen bei einem Brand ums Leben gekommen.
In der Rieglerischen Pappfabrik in Trostberg (Ober-
bayern) entstand ein Feuer, das sich mit großer Schnelligkeit
ausbreitete; es hat das Trocknergebäude erfaßt und fand in
den dort eingelagerten 2000 Zentnern Pappe reichliche Nah-
rung. Insgesamt fielen dem Brande vier Menschen zum
Opfer. Aus den Trümmern konnte bisher nur die vollständig
verkohlene Leiche einer Frau ausgegraben werden.

Δ Vereiteltes Attentat auf den Berlin-Münchener
Schnellzug. In der Nacht vom 7. auf den 8. März zwischen
10.45 und 11.45 Uhr wurden südlich der Station München-
Moosbach, etwa 10 Meter vor dem Einfahrtssignal der Part-
mannshöfener Ueberrahrt, von rußischer Hand zwei Eisen-
bahnschwellen quer über das Gleis gelegt. Der um diese Zeit
fahrende Schnellzug D 25 kam dabei glücklicherweise nicht zur
Entgleisung. Für die Ergreifung des Täters wird eine Be-
lohnung von 1000 Reichsmark ausgesetzt.

Lokales.

Gedenktafel für den 10. März.

1606 * Feldmarschall G. v. Derfflinger in Neuhofen († 1695)
— 1772 * Der Dichter Friedr. v. Schlegel in Hannover († 1829).
— 1776 * Königin Luise von Preußen in Hannover († 1810). — 1788 *
Der Dichter Joseph v. Eichendorff in Lubowitz († 1857). — 1813
Stiftung des Eisernen Kreuzes durch Friedrich Wilhelm III. —
1863 * Der Anthropolog Hermann Kloss in Heidelberg († 1916).

* Weiterbericht. Unhaltende Bevölkerung mit Neigung zu
Niedererschlagen, sonst keine wesentliche Veränderung.

* Neue Bestimmungen über Fahrpreismäßigungen
während der Ferien. Zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten
und betrieblichen Schwierigkeiten während des Reiseverkehrs
zu Beginn der Oster-, Pfingst- und Sommerferien steht sich die
Reichsbahnverwaltung veranlaßt, Schüler- und Kindertrans-
porte sowie sonstige Gesellschaftsreisen auf Fahrpreismäßigun-
gen für folgende Zeiten nicht auszuführen: vom 1. April bis
6. April einschl., vom 21. bis 26. Mai einschl., vom 27. bis
31. Juli einschl.

* Warnung vor einer raffinierten Diebin. Unter der
Maske einer öffentlichen Fürsorgerin sucht sich eine Frau in den
Besitz der Ersparnisse von gebrechlichen, älteren Frauen zu
setzen, die sie teils auf der Straße anpricht, teils in ihrer Woh-
nung aufsucht. Sie schwindelt den Frauen vor, es sei eine
Spende aus Amerika gekommen, die nur für ältere Frauen be-
stimmt wäre und verpflichtet ihnen aus dieser Spende Geld und
Wäsche. Dabei läßt sie sich Rentenbescheide vorgeigen und im
Laufe des Gesprächs einen größeren Geldschein wechseln, um
zu sehen, wo die Leute ihr Geld verwahrt haben. Dann bittet
sie um ein Glas Wasser und stiehlt dann, während die Frauen
das Wasser holen, aus Schränken und Kommoden das Geld.
Die Diebin ist im Laufe der Jahre 1924 und 1925 in den
meisten größeren Städten, so auch in Mannheim, Karlsruhe
und Pforzheim aufgetreten. In letzterer Zeit betätigte sie sich
in Norddeutschland. Es muß aber damit gerechnet werden, daß
sie ihr Tätigkeitsfeld neuerdings wieder südlicher verlegt.

* Trinkt Milch. Die „Süddeutsche Wollereizeitung“ berichtet
über den Erfolg der Milchpropaganda in amerikanischen
Schulen. In einer Stadt, wo 14 Prozent der Schüler unter-
normales Gewicht hatten und nur 40 pCt. Milch tranken, soll
durch entsprechende Propaganda die Zahl der unterernährten
Kinder nach zwei Monaten auf 11 1/2 Prozent zurückgegangen
und der Milchverbrauch um 20 Prozent gestiegen sein. In
Deutschland ist der Milchverbrauch weit geringer als
in der Vorkriegszeit. In Karlsruhe beträgt der täg-
liche Verbrauch pro Kopf etwa 0,30 Liter gegenüber 0,50 Liter
vor dem Kriege. In Heidelberg betrug er im Jahre 1913 0,57
Liter, heute etwa 0,34. In New York soll der tägliche Milchver-
brauch am größten sein und sogar 0,80 Liter pro Kopf betragen.

* Markenlose Briefmarkierung. In den Kreisen des
Publikums scheinen Zweifel über die Bedeutung der Angaben
in den seit einiger Zeit von der Geschäftswelt verwendeten
Francotypstempeln zu bestehen. Maschinen mit Francotyp-
stempel sind von der Post zur Markierung der Briefsendungen
zugelassen und werden bereits in größerer Zahl von Banken,
industriellen Werken, Geschäftshäusern, Zeitungen usw. zur
Freiempfehlung der gesamten Briefpost, also auch der Briefe,
Postkarten, kurz aller Briefsendungen benutzt. Die mit ihnen
hergestellten Stempel enthalten den Tagesstempel, eine Kon-
trollzahl, den Namen des Benutzers und die für die Einzeln-
sendung in Betracht kommende tarifmäßige Postgebühr. Der
Francotypstempel ist also ebenso zu bewerten wie eine Brief-
marke.

* Die Wohlfahrtsbriefmarken noch bis 15. Mai gültig.
Auf Antrag der Deutschen Rothkiste hat der Reichspostminister
die Gültigkeit der Wohlfahrtsbriefmarken bis zum 15. Mai ver-
längert. Verkauft werden sie bis zum 15. April durch die
Organisation der freien Wohlfahrtspflege. Für den Monat
ist eine Marktenvertriebswoche geplant, deren Ergebnis man mit
großen Erwartungen entgegenseht. Es wird vorgeschlagen,
daß in dieser Woche die gesamte Privatpost und Geschäftspost
mit Wohlfahrtsbriefmarken frankiert wird.

* Witterungsmache in der Reichsbahn. Die Durchführungs-
arbeiten für die seit geraumer Zeit beschlossene Ausstattung der
Schnellzugswagen der Reichsbahn mit guten Ansichten aus
den Städten und Landschaften, ähnlich wie die Schweizer
Bahnen es längst haben, sind jetzt, wie von zuständiger Seite
verlautet, soweit gefördert, daß die Bilder, die unter Rahmen
und Glas gehalten sind, der Reichsbahn zugeleitet werden
können. Versetzt werden mit diesem Witterungsmache die Wagen
erster, zweiter und dritter Klasse, während ursprünglich eine
Beschränkung auf die Posterkasse gedacht war, eine Maß-
nahme, die angesichts des Benutzungsverhältnisses der einzelnen
Klassen wohl am ehesten Ziel etwas vorbeigegangen wäre.

* Ein Nordlicht. Nach Eintritt der Dämmerung war ein
imposantes Natur Schauspiel zu beobachten. Am Nordhimmel
erhoben sich zwei gewaltige Lichtsäulen, die untereinander durch
eine Reihe von kürzeren Strahlen verbunden waren. Die Er-
scheinung dauerte etwa eine halbe Stunde; sie tauchte jedoch in
schwächerer Weise noch einmal auf. Die Landessternwarte
in Heidelberg nimmt an, daß diese Erscheinung im Zusammen-
hang steht mit den großen Sonnenflecken, die in letzter Zeit
auf der Sonnenoberfläche sichtbar werden.

Schühengefellschaft. Wie jetzt festgelegt, findet am 2.
Mai d. Js. die 20-jährige Gründungsfest der Schühenge-
fellschaft 1906 E. B. im Saale zum Hirsch statt. Auf das
Programm dieser Feier und betreffs Einladung der hie-
sigen Vereine wird später in dem Bekanntmachungsteile
über die Gründung und den Verein. Bei dem ehemali-
gen Erbauer und auch Besitzer des Sängersaals damals
Kaisersaal, H. Friedrich Jost war eine Stammesgefellschaft,
die sich die Zeit mit Regeln und Statuten vertrieb.
Jost als Sportsmann waren diese Spiele zu eintönig und
er machte den Vorschlag, daß das Schießen doch ein interes-
santere Zeitvertreib sei. „Wir gründen eine Schühenge-
fellschaft, und es wird dann in der Regelbahn anstatt ge-
legt geschossen“, waren seine Worte. Als sich die Gefell-
schaft nach 2 Tagen am Samstag wieder einfand, hatte
Jost bereits einen Zimmerstutzen, Munition und Scheiben
auf eigne Kosten gekauft, und es sind an diesem Abend
schon die ersten Schüsse in der Regelbahn gefallen. Alles
war begeistert für den neuen Sport und der Abend war
zu kurz um ein Protokoll über die Gründung zu schreiben,
was an einem späteren Tage nachgeholt wurde. Der Vor-
stand, der auf Vorschlag ernannt wurde, mußte nun Muster-
statuten einziehen und sich mit dem Scheibenstand beschäf-

tigen, so daß jeder seine Arbeit hatte. In kurzer Zeit
war alles in Ordnung, sogar die Statuten genehmigt.
Die Schühengefellschaft ist ja bereits in dem ersten Jahre
vom Zimmerstutzen zum Florbert übergegangen u. es wurde
mit 6 mm Patronen geschossen. Seit Erbauung des Schie-
standes wird mit Scheibenbüchsen auf 60 m geschossen. Es
ist nicht zu bestreiten, daß große Opfer gebracht wurden
und noch gebracht werden müssen, um den schönen Sport
hoch zu halten, wenn auch jetzt beschränkt. Durch junges
Blut das so langsam Einzug hält, werden auch die alten
Herren der Gefellschaft etwas entlastet; aber immer haben
diese alten Herren kurz gesagt die besten Treffer. Gut Ziel.
H. M.

— r. Winter im Frühling. Nach der frühlingmäßigen
Witterung der verfloffenen Wochen, die bereits hier und
da die Knospen am Baum und Strauch öffnete, trat am
verfloffenen Freitag der Winter noch einmal in sein Recht.
Die Erde hüllte sich in ein Schneefeld, und ein kalter
Nord ließ uns das geheizte Zimmer aufsuchen. Doch die
Sonne schlug diesen Vorstoß des Winters bald ab und
zeigte, daß es Frühling werden müsse. Die gegenwärtige
frühe Witterung ist für die ganze Vegetation, insbeson-
dere die Baumbäume, günstig, da sie eine frühzeitige Ent-
wickelung derselben verhindert.

Schach.

Beim Schach war vorgestern Großkampftag gewesen.
Wie man's in der Zeitung am Samstag gelesen.
Gespielt an 10 Brettern, gewonnen an neun.
Hat Flörsheims tüchtiger Verein.
Wir grüßen Dich Rader zu Deinem Siege
Und wünschen viel Glück im friedlichen Kriege.
Der Zukunft, denn noch gilt's zu streiten,
Künft' Gegnern mußt Du noch den Knokout bereiten.
Die Riete vom Sonntag, sie tut Dir nicht weh!
Wer strauchelt nicht einmal? Wo er auch steht!!
Zur Ehre gereicht sie, man kommt es nicht hoffen,
Der Lehrer der Anderen, er ist übertrifft.
Doch die Moral von all den Dingen heißt:
Spiel Schach erst mit dem Kopf und dann mit dem Finger. . . .
Kritiker.

Sport und Spiel.

Fußball. Am vergangenen Sonntag siegte der hiesige
Sp.-V. 09 mit seinen 3 Mannschaften in Weilbach. Die
Jgd. 4:2, die 2. Mannschaft 4:0 und die 1. Mannschaft
4:3. Besonders das letzte Spiel war reich an spannenden
Momenten. Die Hiesigen erst gegen den Wind spielend,
hatten in der Pause 3:2 verloren und konnten erst nach
aufopferndem Spiel gegen Schluß gewinnen. Circa 500
Zuschauer umsäumten den in guter Verfassung befindlichen
Platz.

Raunheim — Biebrich 2:0						
Dagheim — Schierstein 2:0						
Tabellenstand der A-Klasse Nordheingau (1. Mannschaft)						
Vereine	Spiele	gew.	un.	verl.	Tore	Punkte
Geisenheim	17	11	1	5	48:38	23
Weilbach	18	11	1	6	41:31	23
Friedrichshausen	15	10	2	3	29:27	22
Raunheim	18	8	5	5	41:30	21
Dagheim	19	9	3	7	45:36	21
Sp.-Vg. Wiesbaden	17	9	2	6	42:40	20
Schierstein	15	9	1	5	45:25	19
Kassau Wiesbaden	16	7	2	7	34:38	18
Biebrich	15	4	3	8	18:21	11
Hochheim	17	2	3	12	32:50	7
Camberg	17	1	1	15	18:45	3

Kirchliche Nachrichten.

Katholischer Gottesdienst.

Mittwoch 6.30 Uhr hl. Messe für Wd. Emrich und Franziska
Witter (Krankenb.), 7 Uhr Amt für Mart'n Kaus (Kirchenchor)
Donnerstag 6.30 Uhr hl. Messe nach Meinung (Schwesternhaus),
7 Uhr Amt für Eltern, Brüder und Tante.

Bekanntmachungen der Gemeinde Flörsheim.

Die Holzpersteigerung vom 2. ds. Mts. ist genehmigt.
Erster Abfuhr- und erster Überweisungstag am Mittwoch
10. März ds. Js.

Am Donnerstag den 11. März ds. Js. wird mit dem
Reinigen der Schornsteine begonnen. Ich mache darauf
aufmerksam, daß jeder Hausbesitzer die Reinigung vor-
nehmen lassen muß.

Ruhholz-Versteigerung aus dem Flörsheimer-Gemeinde-
wald.

Im Wege des schriftlichen Angebots werden aus dem
Gemeindewald Flörsheim a. M., aus dem Distrikt 1 nahe
bei Waldorf gelegen, 315,41 Fm. Kiefern-Stammholz und
332 Fm. Kiefern-Nadeln verkauft. Sämtliches Holz ist
durch Wasserfahnen abgeforstet und teilweise trocken.
Kiefern-Stammholz sowie Nadeln werden in je drei
Losen eingeteilt und verkauft.

1. Kiefern-Stammholz.
Los 1 von Nr. 278 bis einschließlich Nr. 499 = 105,91 Fm.
" 2 " Nr. 500 " " Nr. 728 = 106,88 " "
" 3 " Nr. 729 " " Nr. 1012 = 102,62 " "
zusammen = 315,41 Fm.

2. Nadeln.
Dieselben sind 3, 4 und 4,5 Mtr. lang.
Los 1 von Nr. 640 bis einschließlich Nr. 855 = 105 Fm.
" 2 " Nr. 856 " " Nr. 912 = 103 " "
" 3 " Nr. 913 " " Nr. 1010 = 124 " "
zusammen = 332 Fm.

Eichen- und Birken-Stämme welche sich unter den oben
aufgeführten Nummern befinden, fallen nicht unter die
Submission. Nähere Auskunft erteilt Herr Förster Braun,
Raunheim a. M.

Schriftliche Angebote sind unter Anerkennung der Ver-
kaufsbedingungen verschlossen mit der Aufschrift „Angebot
auf Holzverkauf“ bis zum Freitag, den 12. März ds. Js.
auf Holzverkauf“ bis zum Freitag, den 12. März ds. Js.
vorm. 11 Uhr an das Bürgermeisteramt Flörsheim a. M.
einzureichen, um welche Zeit die Eröffnung der Angebote
auf Zimmer Nr. 9 im Beisein der etwa erschienenen Bieter
erfolgt. Die Bedingungen können auf dem Rathaus Zim-
mer Nr. 10 eingesehen bzw. in Empfang genommen werden.
Flörsheim am Main, den 8. März 1926.

Der Bürgermeister: Laud.

Ernstes und Heiteres.

Der Tanz beim Barbier.

Odense ist eine freundliche Stadt in Dänemark und sonst nicht weiter berühmt oder berüchtigt wegen besonderer kultureller Fortschritte; aber die Stadt kann sich seit einigen Tagen rühmen, die modernste Barbierstube der Erde zu besitzen. Daß die Rasierstube gegenwärtig — im Zeitalter des Dubitopses — nicht nur von Männern, sondern in weit stärkerem Maße auch von Frauen aufgesucht werden, ist nichts Neues. Daß man in der Barbierstube des öfteren warten muß, ist ebenso wenig eine Neuigkeit. Aber dieser Odenser Barbier ist als erster auf den Einfall gekommen, seinen wartenden Kunden die Zeit durch etwas anderes zu verkürzen als durch das Auslegen zerlesener Witzblätter, wie es bislang üblich war. Er hat sich einen trefflichen Lautsprecher angeschafft und unterhält jetzt seine Kunden mit der Jazzmusik von London. Aber nicht genug damit, er kommt den Bedürfnissen seiner Kunden auch noch weiter entgegen: er hat im Damenalon einen Wartesaal zum Tanzraum umgemodelt, und hier können nun die des Haarschneidens oder Rasierens harrenden Damen und Herren der Schöpfung ein oder auch zwei Tänze wagen, ehe sie sich unter das Schermesser begeben. Manches einer läßt sich des Tanzes wegen schon öfter rasieren, als er es nötig hat. Wann wird wohl der erste Tee beim Barbier gereicht?

Heilung für die Blinden?

Aus Genf kommt die Nachricht von einem epochemachenden medizinischen Fortschritt, der, wenn er sich wirklich in seinem ganzen Umfange bewahrheiten sollte, zu einem Segen für die Blinden werden könnte. Professor Guyenot von der Genfer Universität hat ein neuartiges Verfahren gefunden, das nichts weniger bezweckt, als erblindeten Wesen das Augenlicht wiederzugeben. Einstweilen experimentiert der Genfer Professor noch mit Fischen und anderem Seetier, aber es ist ihm doch immerhin schon gelungen, von 84 dreien das Augenlicht wieder zu verschaffen, und die Experimente sollen jetzt an Ratten und höheren Säugetieren fortgesetzt werden. Die Anfänge sind gewiß bescheiden, aber oft haben sich große Errungenschaften durch noch geringere Zeichen angekündigt. Auch dieses neue Verfahren des Genfer Gelehrten scheint wert, beachtet und in seinen Fortschritten verfolgt zu werden.

Wann ist die Bezeichnung „Marmor“ unzulässig?

Ein thüringisches Landgericht hat in diesen Tagen ein Urteil gefällt, das auch außerhalb der Kreise des Einzelhandels Beachtung verdient. Warenhäuser, Papier-, Schreibwaren-, Uhren- und Kunstgewerbegehalte kaufen und verkaufen unter den Bezeichnungen „Marmor“ oder „Deutscher Marmor“ vielfach billige Steingeräte: Schreibzeuge, Uhren, Schalen, Ascher u. a. m. aus einem weißgrauen, wenig gealterten Gestein, das äußerlich für den Laien dem Marmor ähnlich, dagegen mineralogisch, chemisch und vor allem in bezug auf Härte, Haltbarkeit, Politur und Schönheit vom Marmor und deutschen Marmor völlig verschieden ist. Es handelt sich hierbei um Gegenstände aus Harzer oder heftigem Gipsstein (Alabaster), einem Gestein, das wesentlich weicher als Marmor, in kurzer Zeit die im Vergleich zum Marmor stumpfe Politur verliert, leicht gebrechlich und wenig widerstandsfähig ist. (Die Gipssteintafel läßt sich auf den nichtpolierten Flächen ohne Schwierigkeit mit dem Fingernagel ritzen, Tintenreste werden in kurzer Zeit aufgesaugt und sind nicht wieder zu entfernen.) Der Harzer und heftige Gipsstein hat auch mit dem deutschen Marmor, der in jeder Hinsicht ebenso echt wie irgend ein Auslandsmarmor ist, nichts gemein. Im besonderen fehlt dem Gipsstein die wundervolle Farbenpracht und Schönheit unserer deutschen Marmore aus Bayern, Thüringen, Westfalen, Hessen-Raffau und Schlesien. Der Verkauf von Gipsstein (Alabaster) unter den Bezeichnungen „Marmor“ oder „Deutscher Marmor“ ist daher unstatthaft und unter Umständen strafbar; sie kann für den Verkäufer große Unannehmlichkeiten nach sich ziehen. So wurde dieser Tage vom Landgericht Erfurt eine Firma in Mühlhausen wegen unlauteren Wettbewerbs verurteilt, weil sie ihre Gipsstein(Alabaster)-Waren in Anzeigen, wie folgt, angeboten hatte: Marmor-Schreibzeugapparaturen aus deutschem Marmor in weißbunten Steinen. Die Beklagte wurde verurteilt, es zu unterlassen, Anzeigen und öffentliche Bekanntmachungen dieses Inhalts erscheinen zu lassen.

Der Pfälzische Sommertag.

Daß die Feier des Sommertages mit der Verehrung der alten Gottheiten unserer Ahnen zusammenhängt, muß als richtig angenommen werden. Viele Erinnerungen, Ermittlungen aus Chroniken, Bodensunden zeigen uns, daß in den Waldbergen der Pfalz an vielen Stellen sogenannte heilige Gaine bestanden, wo der Götterkult seine Betätigung fand. Wenn wir die pfälzische Literatur in dieser Hinsicht betrachten, so finden wir vieles, was an die alte Götterverehrung erinnert. Manche Namen von Orten, Feldmarken, Waldungen und Höhen weisen darauf hin. Bei Kaiserslautern liegt das Dorf Balborn. Nach Schöpflin Altiadiplom 1285 „in villa Balborne“. Hier kommt der Lichtgott, der Frühlingsgott Baldur in Frage. An seine Gemahlin, die Göttin Nanna (Frühlingsblüte) erinnert die Siedinger Burg „Nannstein“, noch 1347 „Nannstein“. Sicher mit Recht weist Ludwig Schandern in der Bavaria darauf hin, daß die in der Pfalz so häufigen „Sommertagsfeiern“ auf die Verehrung des Lichtgottes Baldur zurückzuführen sind. Die Mythologie nennt uns noch den Gott der Liebe und des Friedens „Froh“, der gleichfalls in der Pfalz zu uralten Zeiten Verehrung genoss. Auch dieser Gott, der den goldborstigen Eber als Wahrzeichen führt, wurde in Frühlingsfesten gefeiert. Im Saartal liegt ein Ort, der als „Frohkanzel“ bezeichnet wird. In der Pfälzischen Sage begegnen wir diesem Gott und seinem Wappentier, dem Eber sehr oft. Es ist vielfach das „Dorftier“, das durch die Fluren schleicht und Fruchtbarkeit verkündet. Ob die Reichen und Sonnenräder, sowie Pferdfiguren auf dem uralten Brunnholdisstuhl bei Bad Dürkheim in Beziehungen zur Götterverehrung und zu Frühlingsfeiern, neben dem Pfälzischen Sommertag stehen können, steht dahin. In der Vorderpfalz heißt das Sommertagsfest „Stabaus“, das auf den Sonntag „Lätare“ fällt. In der Westpfalz wird das Fest mit Quad bezeichnet und auf den zweiten Pfingsttag verlegt. Beim Stabaus singen die Kinder: „Stabaus, Stabaus — dem Winter gehn die Augen aus“ und „Hi, Ra, Ro, der Sommer isch do“. Nach allen Hinweisen und Ermittlungen ist die Sommertagsfeier in der Pfalz sehr alt.

Vorige pandersamlicher Geburtsurkunden bei Neuaufnahmen in den Schulen. Bei den Neuaufnahmen in die Schulen werden an Stelle der amtlichen Geburtsurkunden öfter Taufscheine vorgelegt und danach auch der Eintrag in die Fortschrittsbücher vorgenommen. Die Taufscheine sind nicht als amtliche Urkunden anzusehen und weisen vielfach Unrichtigkeiten hinsichtlich des darin angegebenen Geburtsdatums auf, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß sie nicht gleich bei der Taufe, sondern meist nachher ausgestellt werden. Um Unrichtigkeiten vorzubeugen und den Schulen nicht durch falsche Geburtsangabe in den Abgangszeugnissen Unannehmlichkeiten zu bereiten, wird angeordnet, daß bei Neuaufnahmen allein die ständesamtlichen Geburtsurkunden (abgefertigte Geburtsurkunde mit Angabe der Eltern, gebührenfreie Ausfertigung) als Ausweis über das Geburtsdatum der Schüler anzusehen und nach ihnen die Einträge in die Fortschrittsbücher vorzunehmen sind.

Abzeichen für Schwerhörige, Taube und Blinde. Für Schwerhörige, Taube und Blinde ist ein besonderes Abzeichen vorgesehen, drei schwarze Punkte auf gelbem Grunde, das je nach Wunsch als Nadel, Brosche oder Armbinde von dem Gebrechlichen getragen werden kann. Die Bevölkerung wird gebeten, gegenüber Personen, die ein solches Abzeichen tragen und sich damit als Schwerhörige, Taube oder Blinde ausweisen, im öffentlichen Verkehr entsprechende Rücksicht zu üben und gegebenenfalls ihnen Hilfe angedeihen zu lassen.

Volkswirtschaft.

Deutsche Brauerei-Ausstellung München 1926. Der Zugang von Anmeldungen hat sich bis zum Anmeldeschluß am 1. März so lebhaft gestaltet, daß jetzt schon mit der Verteilung der angemeldeten Flächen in den zur Verfügung stehenden Hallen begonnen werden kann und fortwährend laufen noch Anmeldungen der hervorragenden Firmen der Brauereimaschinenindustrie ein, so daß in kurzer Zeit die Hallen vollständig belegt sein werden. Die mit der Anmeldung noch rückständigen Firmen stellen jetzt schon Gesuche, sie nachträglich noch zu berücksichtigen. Die Ausstellung wird durch diese starke Beschickung voraussichtlich einen Ueberblick des heutigen Standes der Brauereimaschinenindustrie von bisher in diesem Um-

fange nicht erreichter Reichhaltigkeit bieten und den im September zu den großen Tagungen der Wissenschaft Station für Brauerei in München und der anderen Verbände nach München reisenden Brauachmannern Fülle wertvoller neuer Anregungen vermitteln.

Tagung der genossenschaftlichen Volksbanken überfüllten Saale des alten Herrenhauses zu Berlin in Anwesenheit der Spitzen der Behörden dieser Tagung aus allen Teilen Deutschlands von den genossenschaftlichen Volksbanken besuchte Tagung statt, deren wirtschaftliche Bedeutung weit über den Rahmen der Interessen hinausgeht: der 2. genossenschaftliche Giroverband der Dresdner Bank. Über dessen Verlauf wird von Seiten der Genossenschafts-Bank Flörsheim, die dem Verband gleichfalls als Mitglied angehört, folgendes zur Verfügung gestellt:

Gleich zu Beginn der Tagung, die unter dem von Bankdirektor Wilhelm Keemann, Mitglied des Vorstandes der Dresdner Bank stattfand, führte der Präsident der Reichsbank Dr. Kaufmann aus, daß die Bank bei vorsichtiger Abwägung aller maßgebenden Faktoren der Meinung sei, die Wirtschaftskrise habe mindestens gekehrt, wenn auch noch nicht feststehe, daß mehr ohne weiteres eine Aufwärtsbewegung Platz werde. Die Gold- und Devisenbestände, die ja belich Mitte 1925 erheblich abgenommen haben, seien wieder außerordentlich stark und qualitativ besser, da sie nicht mehr kurzfristiger Natur seien. Die Reichsbank strebe an, die Spannung zwischen Diskont- und Leihzins wieder auf Friedenshöhe zu ermäßigen.

In dem nun folgenden ersten Referat über die Entwicklung der genossenschaftlichen Volksbank des Giroverbandes der Dresdner Bank führte der Leiter der Genossenschaftlichen Abteilung, Herr Bankdirektor Rapmund, aus, daß der Giroverband in diesen Tagen in das 61. Jahr seines Bestehens eingetreten sei und als erste deutsche Giroinstitution lange noch vor der Giroeinrichtung der Reichsbank allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse arbeite. Tradition, die von Schulze-Delitzsch ins Leben gerufen seit 24 Jahren von der Dresdner Bank fortgeführt. In welchem Maße die deutsche Gesamtwirtschaft volkswirtschaftlicher Arbeit unterstützt werde, gehe aus Tatsache hervor, daß in Deutschland 25 Millionen Betriebs in irgendeiner Form genossenschaftlich organisiert. Bei dem Wiederaufbau der Kreditgenossenschaften, die genossenschaftlichen Zentralinstitute, Dresdner und Preussische Zentralgenossenschaftskasse, in tatkräftiger Weise mitgewirkt. So sind allein Ende vorigen von der Dresdner Bank 70 Millionen Reichsmark Kreditgenossenschaften geliehen worden.

Im zweiten Referat behandelte der Reichsminister Excellenz Dr. Dernburg die deutsche Wirtschaftslage, wies dabei auf die überaus ernste Agrarkrise hin und wünschte, daß diese von allen interessierten Kreisen Sympathie und auch mit einer gewissen Opferbereitschaft angesehen werden möge. Sehr eingehend sprach dann über den Dawes-Plan und stellte fest, daß zu dem Maße die Annahme der Reparationssumme die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Güter in vielfach verstärktem Maße von der Kaufkraft und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängig eine Bereitwilligkeit, deutsche Leistungen in dieser möglichen Form entgegenzunehmen, sei zur Zeit wenig vorhanden.

Über die „Organisation des Kapitalmarkts und Banken“ referierte Geh. Legationsrat Dr. Frisch, der einem längeren Abriss über offene und verdeckte Sicherungsbestrebungen der Meinung Ausdruck gab, daß es irgendwie hätte zeigen müssen, wenn die öffentlichen Banken nützlicher gewirtschaftet hätten als etwa die privaten. Davon könne aber keine Rede sein, vielmehr die Vorliebe der öffentlichen Banken für Personalkredit und die Vernachlässigung der Realkredite gegen die Kriegszeit Verluste mit sich, die aus den Mitteln der Staatsschatzungen getragen werden müssen.

Den interessantesten Ausführungen folgte eine lebhafte Diskussion.

Klug u. weise

ist die Hausfrau

die ihre Garderobe (Damen-, Herren- und Kinderkleider), Decken, wollene und seidene Vorhänge, Kissen, Gardinen, Teppiche, Handschuhe, Federn etc. etc. chemisch reinigen oder färben läßt. Die meisten Gegenstände lassen sich sicher wieder wie neu herstellen. Neuanschaffungen werden gespart und dem persönlich. Wohlbedingten Rechnung getragen.

Färberei Gebr. Röver,

Chemische Reinigungswerke

Frankfurt a. M.

Annahmestelle Flörsheim a. M.

Burkhard Flesch, Hauptstr. 31

Bekanntmachung.

Donnerstag, den 11. ds. Mts., vormittags von 9.30 bis 12 Uhr, nachmittags von 1 bis 5 Uhr werden die Beiträge der Allg. Ortskrankenkasse Hochheim im Frankfurter Hof, Filiale, gehoben.

Die Filialleitung.

Franz Breckheimer.

Cablian kopflos

Pfd 26 Pfg.

Mittwoch nachmittag eintreffend.

J. Latscha

Für die anlässlich unserer Vermählung erwiesene Gratulationen und Geschenke sagen wir auf diesem Wege unseren

herzlichsten Dank

Ganz besonderen Dank dem Zither- und Mandolinclub „Alpenröslein“.

Willy Kühnel und Frau Gretel, geb. Roth.

Flörsheim a. M., den 8. März 1926.

Einige Mädchen

können das Sticken erlernen. Anna Dreisbach Wwe. Widererstraße 32.

Agenten

sucht für erstklass. Holzrouleaux, Salouisen, Gardinenspanner etc. Grüßner & Co. Neurode/Cule Leistungsfähige Fabrik.



Mensch, mußt Du auf Krücken gehn, Kannst Du nicht gerade stehn? Hühneraug drücken m

LEBEWOHL errettet Dich!

*Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Ärzten empfohlene Hühneraugen-Lebewohl für die Zehen und Lebewohl Lebschwein für die Fußsohle, Blechdose (8 Plaster) 75 Pfg., bewohl-Fussbad gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Seife (2 Bäder) 50 Pfg., erhältlich in Apotheken und Drogerien. Sicher zu haben bei: H. Schmitt, Wickerstr. 10.

Für Ötern und Weißen = Sonntag

empfiehlt Gebet- u. Gesangbücher, Rosenkränze, Komunionanden, Bilder, Statuen, eingerahmte Bilder, Weihwasserkrügel, Iose Krutzige und Hängekreuze versch. Größe, sowie Komunionkerzen, gutes Wasser. Geschwister Flörsheimer.

Der fluge Geschäftsmann inferi

la Eiderfettkäse

9 Pfd. M. 6.— franko.

Dampfzuckerfabrik, Neudenburg.

Man bittet kleinere Anzeigen bei Aufgabe sofort zu bezahlen.

Flörsheim a. M. Hauptstr. 31